

11.06.2026

Vorlage für die Sitzung des Bildungsausschusses  
am 11.06.2026

## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

### **Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits jetzt die Medienbildung mit zahlreichen Maßnahmen zeitgemäß ausgerichtet hat. Hierzu zählen:

- Die Einrichtung des seit 2021 laufenden Landesprogramms „Zukunft Schule im digitalen Zeitalter“.
- Die Aktualisierung der fächerübergreifenden Ergänzungen zu den Fachanforderungen „Medienkompetenz – Lernen mit digitalen Medien“ in 2024, bei der insbesondere Beispiele zur Anwendung künstlicher Intelligenz aufgenommen wurden.

Medienbildung beinhaltet eine fundierte und kritische Reflexion der Nutzung digitaler Geräte wie Smartphones und Tablets im schulischen Kontext. Alle Schulen sind aufgefordert die Handynutzung durch spezifische Vorgaben in ihren Schulordnungen, um den verantwortungsvollen Umgang zu fördern. Gleichzeitig bieten digitale Endgeräte ein großes Potenzial, um den Unterricht interaktiv und produktiv zu gestalten, beispielsweise durch den Einsatz von Lern-Apps, digitalen Recherchertools oder interaktiven Plattformen.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die präventive Aufklärung, da Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt nicht nur vielfältigen Chancen, sondern auch

Risiken wie Suchtfaktoren oder problematischen Verhaltensweisen ausgesetzt sind. Dabei leitet uns, dass Schule ein sicherer Ort bleiben muss.

Eine professionelle Medienbildung fördert daher sowohl die technische Kompetenz als auch die kritische Bewertung von Medieninhalten und unterstützt dabei, digitale Technologien bewusst und verantwortungsvoll einzusetzen.

Medienbildung kann nur mit dem passenden Ausbau der digitalen Infrastruktur gelingen. Dabei ist es wichtig, dass der Einsatz von digitalen Endgeräten in ein fachpädagogisches Konzept eingebunden sein muss. Der Landtag begrüßt, dass Bund und Länder sich auf den Digitalpakt 2.0 verständigt haben, mit dem die digitale Bildungsinfrastruktur an Schulen weiterentwickelt und zeitgemäße digitale Lernumgebungen ausgebaut werden sollen.

Zeitgemäße Medienbildung nimmt dabei auch stets Bezug zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz und deren Auswirkungen auf Schule. Dazu gehören sowohl der reflektierte Einsatz KI-gestützter Anwendungen als auch die kritische Einordnung KI-generierter Inhalte und neuer Formen digitaler Manipulation. Der Landtag bekräftigt in diesem Zusammenhang seinen Antrag (Drucksache 20/2168), dass diese Maßnahmen systematisch und länderübergreifend auszubauen sind.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Landesbeschlüsse und der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung des Bildungsausschusses bittet der Landtag die Landesregierung:

- Angebote zum reflexiven Umgang insbesondere mit sozialen Medien und deren Wirkung auf Kinder und Jugendliche in den Fortbildungsaktivitäten des IQSH, der Medienberatung und der regionalen Medienfachberatung zu verstärken. Hierbei sollen unter anderem die Informations- und Quellenkompetenz, der Umgang mit Desinformation, Cybermobbing und manipulativen digitalen Angeboten, Datenschutz und Informationssicherheit sowie die kritische Einordnung KI-generierter Inhalte berücksichtigt werden.
- Die Zusammenarbeit mit externen Partnern zu nutzen, um die Angebote zur Medienbildung weiter auszubauen. Dazu zählen zum Beispiel die Bewerbung des Zertifikats Internet-ABC-Schulen an den Grundschulen, die Angebote „Journalismus macht Schule“ und unterschiedliche Wettbewerbe.

Begründung:

Gleichwohl Medienbildung ein wichtiges, fächerübergreifendes Thema an Schule ist, ist Medienbildung keine Aufgabe für Schule allein. Die besonderen Anforderungen an unsere Schülerinnen und Schüler in einem Leben in der Digitalität lassen sich nicht abstrakt vermitteln, sondern betreffen - und so ist es in Schleswig-Holstein angelegt - alle Lebensbereiche. Medienbildung kann nur funktionieren, wenn sich alle

staatlichen Bildungseinrichtungen, Medien und Öffentlichkeit zusammenschließen. Daher ist die Zusammenarbeit mit außerschulischen Medienakteuren und Initiativen zur Medienbildung wichtig.

Die Vermittlung von Medienkompetenz ist also eine gesellschaftliche Herausforderung. Die Medienkompetenzstrategie der Staatskanzlei, die die Vermittlung von Medienkompetenz für alle Bürgerinnen und Bürger beinhaltet, ergänzt daher die schulischen Ansätze. Zentrale Vernetzungsstelle für Angebote und für die Vermittlung von Medienkompetenz ist das Netzwerk Medienkompetenz. Das Netzwerk hat sich im Juli 2010 in Kiel gegründet und besteht aus 19 landesweit tätigen Institutionen und Organisationen aus Staat und Gesellschaft. Es bietet regelmäßig Regionalkonferenzen, das landesweite Medienkompetenz-Festival „Meko Festival“ und weitere Formate an.

Dabei muss die Weiterentwicklung der Medienbildung an Schulen stets aktuelle Ergebnisse der Wissenschaft berücksichtigen. Eine wesentliche Vergleichsstudie bildet hierbei die ICILS-Studie. Sie flankiert die Strategien der Länder zur Digitalisierung im schulischen Bildungssystem. Im Fokus der Studie steht die Erfassung von computer- und informationsbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der achten Klasse sowie die Frage, welchen Beitrag die Schulsysteme zum Aufbau der computer- und informationsbezogenen Kompetenzen liefern.

Beim Programm “Zukunft Schule im digitalen Zeitalter” wurde eine Zusammenarbeit zwischen Hochschul- und Schullandschaft etabliert, die durch ihren einzigartigen innovativen Ansatz bundesweit Strahlkraft genießt. Kern ist dabei eine grundlegende und nachhaltige Verzahnung von wissenschaftlichen Konzepten des Einsatzes digitaler Medien mit der Lehrkräfteausbildung und Lehrkräftefortbildung sowie deren Verankerung in den Regionen. Bestandteil des Pakets sind unter anderem auch die Educational Engineers.

Dr. Hermann Junghans  
und Fraktion

Malte Krüger  
und Fraktion